



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

21. Geschäftsbericht

2006

Geschäftsstelle AUNS
Postfach 669
CH-3000 Bern 31
Telefon: 031 356 27 27
Fax: 031 356 27 28
Internet: www.auns.ch
E-Mail: auns@auns.ch
PC-Konto: 30-10011-5

Inhaltsverzeichnis

Mitglieder des Vorstandes und der Geschäftsstelle	3
1 Das Umfeld im Jahre 2006	4
1.1 Die Europäische Union: «Gefahr für die Demokratie»	5
1.2 In der Schweiz	7
Keine Einmischung Brüssels in unsere Steuerhoheit!	8
Neutralitätswidriger Aktivismus	8
2 Die AUNS	10
2.1 Die AUNS-Tätigkeit im Berichtsjahr	10
Mitgliederversammlung mit Top-Referenten	10
Pressekonferenz zum Europabericht	13
Volksinitiative zur Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik	13
Substanz der Neutralität in der Verfassung verankern	14
Schweizer Armee und bewaffnete Neutralität	14
Jubiläumsfeier 20 Jahre AUNS	15
Jubiläums-Proklamation	16
Volksabstimmungen: Asyl- und Ausländergesetz, EU-Ostmilliarden	17
Graue Briefe und Internet	18
Communiqués	18
Suisse romande	19
2.2 Jahresrechnung und Bilanz	20
2.3 Vorstand / AUNS-Konzept	21
2.4 Geschäftsstelle	21
2.5 Stützpunkte in den Kantonen	22
2.6 Broschüren, Berichte, DVD	23
3 Schlusswort	24

Vorstand – Comité directeur – Comitato direttivo (Stand: 31.12.2006)

Präsident / Président / Presidente

Schwander Pirmin, Dr. oec. publ., Unternehmer, Nationalrat, 8853 Lachen/SZ

Vizepräsidenten / Vice-Présidents / Vicepresidenti

Cipolla Jean-Dominique, Notar, 1920 Martigny/VS

Stamm Luzi, Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden/AG

Syz Rudolf, Unternehmer, 4422 Arisdorf/BL

Mitglieder / Membres / Membri

Bischoff Hans, Architekt FSAI/SIA, 3095 Spiegel/BE

Etter Hans, Kaufmann, a. Grossrat, 3052 Zollikofen/BE

Freysinger Oskar, Gymnasiallehrer, lic. phil. I, Nationalrat, 1965 Savièse/VS

Fuchs Thomas, Betriebswirtschafter, Grossrat, 3018 Bern-Bümpliz

Geninasca Charles, Ökonom, 1276 Gingins/VD

Grangier Kevin, Student, 1845 Noville/VD

Graf Hans-Ulrich, Dr. iur., a. Nationalrat, 8180 Bülach/ZH

Montù Gianluca, Dr., Physiker, 6900 Massagno/TI

Mörgeli Christoph, Prof. Dr., Historiker, Nationalrat, 8713 Uerikon/ZH

Perrin Yvan, Inspecteur de police, Nationalrat, 2117 La Côte-aux-Fées/NE

Reimann Lukas, Jus-Student, Kantonsrat, 9500 Wil/SG

Scheidegger René, ehem. Direktor, 1470 Estavayer-le-Lac/FR

Schmid Christian, technischer Kaufmann, 3283 Niederried b. Kallnach/BE

Stähli Benjamin, Designer, 3012 Bern

Surber-Devoto Conrado A., dipl. ing. ETH, lic. oec. publ., 8200 Schaffhausen

Revisor / Vérificateur / Verificatore

Fischer Theo, Notar, a. Nationalrat, 5607 Hägglingen/AG

Geschäftsstelle / Secrétariat central / Segretariato centrale

Thunstrasse 113, Postfach 669, CH-3000 Bern 31

Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28; E-Mail: auns@auns.ch

PC-Konto: 30-10011-5; Internet: www.auns.ch

Geschäftsführer: Hans Fehr, Nationalrat

Geschäftsführer Stv.: Werner Gartenmann / Sekretariat: Katharina Fischer

Adresse pour la Suisse romande

ASIN, Coordination Romande

Case postale 41, 1276 Gingins

Internet: www.asin.ch

Indirizzo per la Svizzera italiana

ASNI, Gianluca Montù

Via Lisano 4, 6900 Massagno

Internet: www.asni.ch

Die Welt ist im Berichtsjahr 2006 unsicherer geworden. Die UNO hat an Einfluss verloren, weil die Mitglieder des Sicherheitsrates mehr denn je ihre eigenen Interessen verfolgen und weil die UNO mehr und mehr in der eigenen Bürokratie versinkt. Die scheinbar grenzenlos expandierende Europäische Union befindet sich in der grössten Krise ihrer Geschichte; niemand weiss, wie es weitergehen soll. Ebenso ist das hochgejubelte «Nation-Building», jene «Friedensinterventionen» von UNO-, NATO- oder EU-Truppen, die darauf abzielen, Konflikt- und Kriegsgebiete mit unterschiedlichen Volksgruppen zu befrieden und zu demokratischen Staaten zusammenzuschweissen, weitgehend gescheitert. So beispielsweise im Irak, in Afghanistan, in Somalia oder im Libanon. Zudem sind unberechenbare Staatsführungen wie jene in Nordkorea oder im Iran bereits im Besitz von Atomwaffen oder kurz davor.

Zwar wurde und wird von Kommentatoren und Politikern immer wieder – sei es im Hinblick auf die Wahrung des Weltfriedens oder die gefährdete Umwelt – an das «globale Verantwortungsbewusstsein» appelliert. Vor allem aufgrund der modernen Technik und modernster Kommunikationsmöglichkeiten und der damit verbundenen «totalen Vernetzung der Welt» wird das «globale Dorf» beschworen.

Die Realität zeigt jedoch: Statt «solidarisch» im «globalen Dorf» lebt die Welt nach dem Zusammenbruch der «bipolaren» Weltordnung unter der Ägide der USA und der Sowjetunion heute in einer «Welt-Unordnung» (Ralf Dahrendorf), in einer Welt, die durch viele Brandherde und zum Teil durch religiösen Fanatismus geprägt und insgesamt unsicherer geworden ist.

Die oft vergessene Binsenwahrheit des deutsch-amerikanischen Politikwissenschaftlers Hans Morgenthau: «Zwischen den Staaten gibt es keine Freundschaft; es können gelegentlich gemeinsame Interessen bestehen», hat sich im Berichtsjahr 2006 besonders ausgeprägt gezeigt. Nach der Friedenseuphorie und der weit herum beschworenen internationalen «Solidarität» der 90er-Jahre im Gefolge des Mauerfalls ging und geht es mehr denn je um nationale Interessenpolitik, um Machtansprüche, um Machtverteilung und Einflussnahme. Es ging um Wasser, Öl, Ressourcen und Lebensräume – und es wird auch in Zukunft darum gehen. So hat sich beispielsweise am Ende des Berichtsjahres gezeigt, wie stark Mitteleuropa von russischen Erdgaslieferungen abhängt und wie verletzlich diese Energieversorgung ist.

Gleichzeitig war im Berichtsjahr ein Erstarken religiös-fundamentalistischer Strömungen festzustellen – dies insbesondere in islamischen Staaten, wo religiöse und politische Fanatiker die «reine Lehre» gepredigt, den Kampf gegen «Ungläubige» gefordert und die Massen wegen scheinbarer Nichtigkeiten (Islam-Karikaturen) aufgeputscht haben. Drohungen, Gewalt- und Terroraktionen von islamistischen Gruppierungen haben 2006 zunehmend auch auf europäische und westliche Länder übergreifen. Diese haben sich zum Teil einschüchtern lassen, was für Recht und Freiheit nichts Gutes verheisst.

Positiv ist immerhin Folgendes zu vermerken: Statt der «globalen» oder «europäischen Identität» und kollektivem Handeln erleben wir derzeit eine Wiederbesinnung von Völkern und Staaten auf ihre nationale Identität und auf nationale Werte. Nachdem supranationale Organisationen und Konstruktionen eher ratlos vor den Herausforderungen der Zukunft (Islamismus, finanzielle und moralische Krise des Sozialstaates, Immigration, aufsteigende Grossmächte China und Indien) stehen, sind es die Nationalstaaten, die versuchen, der neuen Lage Herr zu werden. Ebenso waren im Berichtsjahr insbesondere in einigen EU-Ländern Bestrebungen zu mehr Demokratie, mehr Eigenständigkeit und weniger Zentralismus festzustellen.

1.1 Die Europäische Union: «Gefahr für die Demokratie»

Vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer

Mit dem EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien auf den 1. Januar 2007 ist die EU auf 27 Staaten angewachsen. Die Europäische Union reicht nun «vom Atlantik bis ans Schwarze Meer». Von der euphorischen Stimmung, die bei der Erweiterung im Mai 2004 vorhanden war, ist jetzt allerdings nicht mehr viel zu spüren. Allzu gross ist die Ernüchterung über die tiefe Krise, in der sich die EU befindet.

Noch nie in der 50-jährigen EU-Geschichte mit fünf Erweiterungsrounden wurden neue Staaten mit so vielen «Bewährungsaufgaben» in die Union aufgenommen wie im Fall von Rumänien und Bulgarien, die als Staaten 2. Klasse gehandelt werden. Defizite vom qualitativ fragwürdigem Schweinefleisch über die gefährdete Flugsicherheit bis zur mangelhaften Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens machten viele Vorbehalte nötig.

Die EU-Bürokraten beteuern jedoch, daraus ihre Lehren zu ziehen und Beitrittstermine künftig erst festzulegen, wenn die Verhandlungen kurz vor dem Abschluss stünden. Der nächste Kandidat ist Kroatien im Jahre 2008 oder 2009.

Unaufhaltsamer Erweiterungswahn

Im Berichtsjahr zeigt es sich deutlicher denn je, dass die Verfechter des «Superstaates» EU nicht mehr wissen, was sie eigentlich wollen. Seit de Gaulles Vorstellung von einem «Europa der Vaterländer» hat sich fast alles geändert. Je länger die Gründung zurückliegt, desto unklarer ist der Auftrag, desto verschwommener ist das Ziel. Die EU hat keine klaren Aussengrenzen.

Weil Brüssel die Türkei nicht vor den Kopf stossen möchte, wird sie hingehalten. Die drängenden Fragen werden nicht beantwortet: Soll das christlich-abendländische Europa auch in die muslimische Welt expandieren? (Erst Ende 2006 hat Bundeskanzlerin Merkel, die neben-

bei auch noch Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union ist, verlauten lassen, die EU sei kein «Christenclub». Und zur Beruhigung der Bürger sprach sie von «ergebnisoffenen Verhandlungen».) Soll sich die EU endgültig auf den Balkan ausdehnen? Wie nahe will man an Russland rücken? All diese Fragen sind offen und umstritten. Die EU befindet sich an einem Scheideweg.

Verfassungskrise ohne Ende

Auf den 1.1.2007 hat mit Deutschland der bevölkerungsreichste und wirtschaftlich stärkste Mitgliedstaat der EU die Ratspräsidentschaft übernommen. Alles deutet darauf hin, dass im Mittelpunkt nicht ein Europa stehen wird, in dem souveräne Nationalstaaten die tragende Rolle spielen, sondern die Wiederbelebung der «europäischen Verfassungsleiche» [Junge Freiheit, 5.1.2007]. Als wahrscheinlichstes Szenario wird die EU-Verfassung in einigen unwesentlichen Punkten geändert und dann den Franzosen und Niederländern nochmals zur Abstimmung vorgelegt. Diese Vorgehensweise hat sich in der Geschichte der EU – nachdem die Dänen den Vertrag von Maastricht und die Iren jenen von Nizza abgelehnt hatten – bereits zweimal «bewährt», um unerwünschte Entscheidungen der Bürger zu korrigieren.

Überbordende EU-Bürokratie

Die 24 000 Brüsseler EU-Bürokraten verbrauchen pro Tag durchschnittlich 15 Tonnen Papier, pro Jahr also über 5000 Tonnen, für Erlasse, Richtlinien, Rechtsakte und ähnliche Publikationen. (www.europa-digital.de)

Allein in den Jahren 1998 bis 2004 hat die EU-Bürokratie rund 23 000 Erlasse und Rechtsakte in die Welt gesetzt. Davon konnten vom Deutschen Bundestag nur 4000 verabschiedet werden. 19 000 mussten direkt ins deutsche Recht übernommen werden. (OBERBAYRISCHES VOLKSBLATT, 2.5.2004)

Roman Herzog: «Demokratie ernsthaft bedroht»

Am Ende des Berichtsjahres hat mit dem früheren deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog erstmals ein deutscher Spitzenpolitiker vor den «*erheblichen Fehlentwicklungen in der EU*» gewarnt. Aufgrund dieser Fehlentwicklungen sieht er die «*parlamentarische Demokratie in Deutschland ernsthaft bedroht*».

Roman Herzog betonte in DIE WELT, 13.1.2007: «*Die Politik der EU leidet in besorgniserregender Weise unter einem Demokratiedefizit und einer faktischen Aufhebung der Gewaltenteilung.*» Die EU masse sich immer weitere Kompetenzen an, und es finde eine «schleichende Zentralisierung» statt.

Herzog kommt zum Schluss: «Diese Probleme würden durch die EU-Verfassung nicht gelöst, sondern im Gegenteil noch verfestigt».

Herzog fordert insbesondere:

- die Umwandlung des Ministerrates in eine zweite Kammer, die sachwidrige EU-Regelungen verhindern kann;
- eine exakte Festlegung der Zuständigkeiten der EU;
- das Diskontinuitätsprinzip (Gesetzesvorhaben verfallen nach einer Legislaturperiode automatisch);
- das Recht für die Mitgliedstaaten, der EU bestimmte Politikbereiche wieder zu entziehen.

EU und Schweiz: wesensfremd

Die Schweiz und die EU haben völlig unterschiedliche Ziele. Die Eidgenossenschaft entstand, weil man die eigene Identität nach aussen, gegen Grossmächte und grosse Reiche, verteidigen will. Ganz anders in der EU: Ziel der EU ist es, durch Harmonisierung und Gleichheit eine Grossmacht mit einer eigenen «europäischen» Identität zu schaffen.

Die EU bleibt unserem direkt demokratischen, neutralen Kleinstaat gegenüber zutiefst wesensfremd. Zentrale Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit, Volkssouveränität, Selbstverantwortung, Föderalismus und Bürgernähe werden untergraben. Die Mär, wonach die EU immer demokratischer, föderalistischer und bürgernäher werde, ist eine Illusion.

1.2 In der Schweiz

Am Ende des Berichtsjahres darf festgestellt werden, dass sich in der Schweizer Politik seit der Wahl des einstigen AUNS-Präsidenten Christoph Blocher in den Bundesrat eine spürbare **Rückbesinnung auf die erfolgreichen schweizerischen Werte** abzeichnet. Für die AUNS geht es nun darum, die schweizerischen Staatssäulen – Unabhängigkeit, Neutralität, Föderalismus und direkte Demokratie – weiter zu stärken. Im Wahljahr 2007 werden entscheidende Weichen gestellt. Es geht darum, die positive «Wende» definitiv zu vollziehen. Die Alternative wäre der Rückfall in die verhängnisvolle Politik der 90er-Jahre.

Mit der Rückbesinnung auf bewährte schweizerische Werte hat auch die **positive Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Schweiz** zu tun. Unternehmerische Handlungsfreiheit, günstige Steuern, Sicherheit und Stabilität, keine Einbindung in die EU, Zuverlässigkeit, gute Ausbildung und hohe Leistungsbereitschaft sind die Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg. So wölbt sich am Ende des Berichtsjahres «*ein fast wolkenloser Wirtschaftshimmel*».

über der EU-freien Schweiz» [Beat Kappeler, NZZ AM SONNTAG, 24.12.2006]. Die weltoffene Schweiz steht heute wirtschaftlich gut da, gerade weil sie nicht der EU angehört. Im Berichtsjahr konnte die Schweizer Volkswirtschaft in wichtigen Bereichen hervorragende Werte ausweisen: Wachstum, Arbeitslosigkeit, Inflation, Export, Investitionen, Konsumstimmung und Tourismus. Internationale Analysten und Gremien haben die Schweiz als das wettbewerbsfähigste Land ausgewiesen.

Wirtschaftsprofessor Dr. Franz Jaeger kommentiert die Situation in der FINANZ UND WIRTSCHAFT vom 30.12.06 wie folgt: *«Im Wettbewerb mit 62 Ländern (die 96 Prozent des Welt-Bruttoinlandproduktes erwirtschaften) figuriert die Schweiz an der Spitze der globalisiertesten Länder, knapp hinter Singapur und vor den USA und Irland. Vor allem unsere grossen Europeanachbarn, deren Politiker und Meinungsmacher nicht müde werden, uns mehr Offenheit anzumahnen, liegen selbst hinsichtlich wirtschaftlicher, technologischer und personeller Verflechtung mit dem Rest der Welt weit abgeschlagen hinter uns.»*

Keine Einmischung Brüssels in unsere Steuerhoheit!

Mit der Behauptung, die von den Kantonen praktizierte Steuerreduktion für ausländische Holdinggesellschaften, die ihren Ertrag nicht in der Schweiz erwirtschaften, verstosse die Schweiz gegen Art. 23 des Freihandelsabkommens von 1972 und das Diskriminierungsverbot, hat die EU-Kommission im Berichtsjahr den «Steuerstreit» gegen die Schweiz verschärft. Der Bundesrat hat sich (zumindest bis zum Redaktionsschluss) nicht beirren lassen und beharrt auf unserer Steuersouveränität. Der luxemburgische Finanzminister Luc Frieden hat sich voll und ganz hinter die Schweiz gestellt und erklärt, die Angriffe seien völlig haltlos und hätten mit Neid und der verfehlten Hochsteuerpolitik der EU-Staaten zu tun.

Neutralitätswidriger Aktivismus

Der neutralitätswidrige Aktivismus in Bundesbern, der vor allem seit dem UNO-Beitritt am 3. März 2002 mit System – insbesondere von Frau Calmy-Rey – praktiziert wird, hat sich im Berichtsjahr weiter verstärkt.

Ihre Forderung nach einem unabhängigen Kosovo, ihre an der Botschafterkonferenz im August 2006 «im Namen der Schweiz» einmal mehr geäusserte Kritik an den USA sowie die Forderung nach Einsitznahme der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat zeigen, dass sie die schweizerische Neutralität als «lästiges Korsett» definitiv über Bord werfen will.

Als «Glanzleistung» der Schweiz im Rahmen der UNO wurde in Bundesbern die Schaffung des **UNO-Menschenrechtsrates** (anstelle der Menschenrechtskommission) euphorisch gefeiert. Die Ernüchterung ist aber rasch eingekehrt: Praktisch alle der bisher verabschie-

deten Resolutionen zu Menschenrechtsverletzungen gehen auf Initiativen der OIC (Organisation der Islamischen Konferenz) zurück, deren Mitgliedstaaten eine solide Mehrheit besitzen. Unter Beschuss ist nun ausgerechnet die Schweiz (als Hochburg der Menschenrechte) geraten – mit dem absurden Vorwurf, wir besäßen «keine Strategie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit». Der UNO-Sonderberichterstatter Doudou Diène wird für die nächste Ratssitzung, die im Frühjahr in Genf stattfindet, einen Bericht über die Schweiz erstellen. Wir sind gespannt...

2.1 Die AUNS-Tätigkeit im Berichtsjahr

Mitten im Berichtsjahr, am 19. Juni 2006, waren genau 20 Jahre vergangen, seitdem am 19. Juni 1986, um 15 Uhr, im Restaurant Bürgerhaus in Bern die Gründungsversammlung der AUNS stattgefunden hat. Im Protokoll, verfasst vom damaligen alt Nationalrat und Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes Otto Fischer, ist unter «allgemeine Orientierung» vermerkt: *«Nachdem der UNO-Abstimmungskampf (1986) gewonnen wurde, ist diese Aktion abgeschlossen. Es ist allerdings festzustellen, dass der Bundesrat trotz der massiven Ablehnung des Beitritts der Schweiz zur UNO seine Aussenpolitik weiterführt, als wäre nichts geschehen. Mit der heute zu gründenden Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz soll von aussen her eine gewisse Einflussnahme in Zukunft auf die Aussenpolitik erfolgen.»*

Das 20-Jahr-Jubiläum wurde im Laufe des Berichtsjahres mehrfach thematisiert – so anlässlich der Mitgliederversammlung vom 6. Mai, an der Pressekonferenz vom 19. Juni im Zusammenhang mit dem Europabericht (siehe unten), bei der «Jubiläumsfeier 20 Jahre AUNS» vom 28. Oktober 2006 in Matten bei Interlaken (siehe unten) sowie in verschiedenen Grauen Briefen, in Communiqués und bei Interviews.

Die Hauptbotschaft der AUNS war stets: **«Mit der Verhinderung des EWR/EU-Beitritts haben wir unseren Kernauftrag erfüllt. Ohne die AUNS hätten wir unsere Unabhängigkeit verloren. Ohne AUNS wäre die Schweiz heute Mitglied der Europäischen Union.»**

20 Jahre AUNS: Mitgliederversammlung 2006 mit Top-Referenten

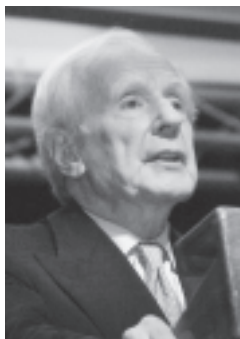
Die von gegen 1000 Teilnehmern und Gästen besuchte AUNS-Mitgliederversammlung, die am Samstag, 6. Mai, im Berner «National» stattfand, stand ganz im Zeichen der Europapolitik. Die aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der AUNS eingeladenen drei Top-Referenten – Dr. Klaus von Dohnanyi, ehemaliger SPD-Bundesminister und Erster Bürgermeister aus Hamburg, der Unternehmer und Financier Dr. Tito Tettamanti, sowie Professor Dr. Franz Jaeger von der Hochschule St. Gallen – beleuchteten das Wesen und die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und warnten sowohl aus politischer als auch aus wirtschaftlicher Sicht vor einer Einbindung in die EU. Die Versammlung verabschiedete zudem eine Resolution und gab dem Vorstand grünes Licht zur Ausarbeitung einer Volksinitiative zur Stärkung der Volkrechte in der Aussenpolitik. Die überparteiliche Zusammensetzung des Vorstandes sowie die bessere Handhabung des Antragswesens wurden in den Statuten neu geregelt.

AUNS-Präsident Dr. Pirmin Schwander betonte, der 20-jährige Kampf der AUNS als überparteiliche Lobby für Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität habe sich gelohnt. Es sei massgeblich das Verdienst der AUNS, dass ein folgenschwerer EWR-/EU-Beitritt abgewendet und

der bilaterale Weg gestärkt worden sei. Die AUNS werde ihren Kampf so lange fortsetzen, als unsere höchsten Staatsgüter durch eine kleinmütige, anpasserische Politik aus Bundesbern gefährdet seien.

Dohnanyi: Ja zu bilateraler Kreativität, nein zum Moloch Brüssel

Gemäss Dr. Klaus von Dohnanyi hat die Schweiz als europäisches Kernland und als «Mikrokosmos europäischer Geschichte» die Frage zu beantworten: Wie bewahren wir angesichts der europäischen Integration unsere Eigenheit, ohne unsere wirtschaftlichen Interessen zu schädigen? Zur Beantwortung dieser Frage sei insbesondere zu beachten, dass es der Schweiz seit über 350 Jahren durch einen konsequenten Neutralitätskurs gelungen sei, sich aus den



kriegerischen Auseinandersetzungen der grossen Nachbarn herauszuhalten. Stattdessen sei sie zum Geburtsland des Roten Kreuzes, zum Standort zahlreicher Einrichtungen der Völkerverständigung sowie zum Standort internationaler Unternehmen der Finanzwirtschaft und der Industrie geworden. Eine entscheidende Ursache dieses in der Geschichte einmaligen Erfolges einer Nation liege in ihrer freiheitlich-demokratischen Verfassung und im Prinzip der Eigenverantwortung.

Ein Beitritt zur EU, einem «Gebilde, dessen politische Strukturen und dessen Führungsausbau heute ungeklärt sind», würde die einzigartige Besonderheit der Schweiz unausweichlich zerstören. Entscheidungen würden in Zukunft nicht mehr vom Schweizer Bürger,

sondern von einem «bürokratischen Moloch in Brüssel» oder einem fernen Parlament getroffen, und die Schweiz könnte damit auch ihre ökonomischen Vorteile verlieren, warnte Dohnanyi. Er plädierte für eine kluge Strategie gegenüber dem Europäisierungs- und Globalisierungsprozess. In eigener Entscheidung und unter Wahrung der Schweizer Interessen sei dieser Weg bilateral und kreativ zu verfolgen.

Tettamanti: Realitätsverweigerung der Europhilen

Dr. Tito Tettamanti plädierte für ein klares Nein zu einem EU-Beitritt aus seiner Sicht als Unternehmer. Wer sich als Schweizer der krisengeschüttelten EU anschliessen wolle – der EU der Reglemente, der hohen Steuern und der Ohnmacht –, leide an Realitätsverweigerung. Tatsächlich hätten die drei Gründerväter der EU, der Franzose Robert Schumann, der Deutsche Konrad Adenauer und der Italiener de Gasperi, mit der Forderung «Nie wieder Krieg» ein hohes Ideal verfolgt. «Aber die Welt verändert sich, und jedermann weiss: Das Ziel ist erreicht. Frankreich und Deutschland werden nie mehr gegeneinander in den Krieg ziehen.» Die EU gebe gültige Antworten auf eine längst vergangene Vergangenheit – während sie ratlos vor den Herausforderungen der Zukunft stehe. Tettamanti nannte insbesondere den Islamismus, die

finanzielle und moralische Krise des Sozialstaates, die Immigration und die aufsteigenden Grossmächte China und Indien: «Die EU hat hierfür keine Strategie, sondern es sind die Nationalstaaten, die versuchen, der neuen Lage Herr zu werden», stellte Tettamanti fest.



Für die Schweiz liessen sich aus einem EU-Beitritt keine wirtschaftlichen Vorteile erkennen. Mit der niedrigen Arbeitslosenrate und der vergleichsweise moderaten Verschuldung und Steuerlast (7,6 statt mindestens 15% Mehrwertsteuer) gehe es uns besser als vielen andern. Den «Beitritt mit Ausnahmen» der SP geisselte Tettamanti als Träumen am helllichten Tag: «Gibt es jemand, der so blauäugig ist zu glauben, dass 450 Millionen Menschen ihre hart erkämpften Regeln zu ändern bereit sind, bloss um sieben Millionen reichen Schweizern das Leben zu erleichtern?» Die zentrale Frage laute: Wie können wir im Spiel der

Grossen unsere Interessen als Kleinstaat am besten verteidigen? Tettamantis Antwort: «Wenn uns der Wille, eigenständig zu sein, nicht abgeht, wenn wir weiterhin härter arbeiten als andere, dann hat die Schweiz beste Voraussetzungen für eine gute Zukunft.»

Jaeger: Diversifizierung der Aussenwirtschaftspolitik statt EU-Fixierung

Dr. Franz Jaeger trat als liberaler Wirtschaftsprofessor vehement für eine «neue Balance in der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik» ein. Tatsache sei, dass die Schweiz im EU-Vergleich wirtschaftlich überdurchschnittlich gut unterwegs sei. Eine Einbindung in die Eurozone



beraube unser Land globaler Wachstumschancen. Denn die daraus resultierenden gewaltigen Zins-, Inflations- und Arbeitslosigkeitsrisiken sowie die Gefahren im Bereich der öffentlichen Verschuldung würden gegenüber allfälligen EU-Binnenmarktvorteilen deutlich überwiegen, warnte Jaeger. Mit der Aufgabe des Schweizer Frankens zugunsten des Euro würde die Schweizerische Nationalbank ihre eigenständige und erfolgreiche Inflationsbekämpfungs-, Tiefzins- und Wechselkursstabilisierungspolitik an die Europäische Zentralbank delegieren. Dadurch würden sich die Inflation und die Zinsen zwangsläufig dem deutlich höheren EU-Niveau anpassen. Unsere Staats- und Sozialschulden, aber

auch unsere gewaltigen Hypothekarverpflichtungen (von insgesamt bald einer Billion Franken) würden sich in der Folge um bis zu 65% verteuern.

Notwendig sei hingegen eine umfassende Liberalisierung und Öffnung unseres Binnenmarktes für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit, betonte Jaeger. Darüber hinaus müsse die schweizerische Aussenwirtschaftspolitik von einer isolierten EU-Fixierung wegkommen und eine globale wirtschaftliche Öffnung anstreben Richtung Naher Osten, Skandinavien, Osteuropa, Asien und Amerika.

Volksinitiative zur Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik

Um die schleichende, schrittweise Einbindung der Schweiz in die EU zu verhindern, hat der Vorstand beschlossen, dass eine entsprechende Volksinitiative ausgearbeitet werden soll. Die Absicht besteht, das obligatorische Staatsvertragsreferendum wesentlich auszubauen. Wichtige aussenpolitische Weichenstellungen sollen demnach obligatorisch der Volksabstimmung unterbreitet werden und sind nur gültig, wenn sie das Volks- **und** das Ständemehr erreichen. Zudem sollen neue einmalige und neue wiederkehrende Ausgaben in der Aussenpolitik ab einer bestimmten Höhe dem obligatorischen Referendum unterstellt werden.

Pressekonferenz zum Europabericht

Am 19. Juni 2006, genau 20 Jahre nach ihrer Gründung, hat die AUNS ihren Europabericht präsentiert. Sie kam damit dem Bundesrat, der seinen Bericht schon vor längerer Zeit auf den Sommer angekündigt hatte, zuvor.

Europabericht der AUNS

Die Schweiz und die EU

Varianten der Zusammenarbeit

Der rund 50-seitige sehr informative Bericht, der eine Fülle von aktuellen politischen und wirtschaftlichen Daten enthält, vergleicht zunächst das Wesen und die politischen Strukturen der EU und der Schweiz. Fazit: Die intellektuelle Konstruktion EU, bei der niemand weiss, wohin der Weg gehen soll, und die historisch gewachsenen Strukturen der souveränen, direktdemokratischen Schweiz

	Bilateral	EWR	Rahmen- abkommen	Beitritt „light“	EU-Beitritt
Souveränität	☺/☹	☹	☹/☹	☹☹	☹☹
Direkte Demokratie	☺/☹	☹/☹	☹/☹	☹☹	☹☹
Neutralität	☺	☹	☹	☹	☹☹
Handelsfreiheit	☺	☹	☹	☹☹	☹☹
Steuerpolitik	☺	☹	☹	☹☹	☹☹
Ausländerpolitik	☹	☹	☹	☹	☹☹
Verkehrspolitik	☹	☹	☹	☹	☹☹
Währungs-/Geldpolitik	☺	☹	☹	☹/☹	☹☹
Preise/Schuldzinsen/Mieten	☺	☹	☹	☹/☹	☹☹
Föderalismus/Hoheit Kantone	☺	☹	☹	☹/☹	☹☹

sind einander **wesensfremd**. Von den fünf detailliert aufgezeigten «europapolitischen Optionen» – bilateraler Weg, EWR, «Beitritt light», bilaterale Rahmen-abkommen, EU-Beitritt – kommt gemäss AUNS-Bilanz nur der bilaterale Weg in Frage. Alle andern Wege sind eine Illusion oder führen zwangsläufig zum Vollbeitritt, der mit gravierenden Folgen für unsere Volksrechte und unseren Wohlstand verbunden ist. Der AUNS-Bericht (abrufbar auf www.auns.ch) kommt zum Schluss, dass die Schweiz nur erfolgreich bleiben kann, wenn sie ihre hochmodernen und weltweit einzigartigen politischen Strukturen und ihre Handlungsfreiheit wahrt.

In der Mitte des Berichtsjahres hat der Bundesrat im Rahmen seines «Europaberichts» offiziell Abstand genommen vom «strategischen Ziel» EU-Beitritt. Der EU-Beitritt ist jetzt angeblich nur noch eine «Option» – was immer das heisst. Die AUNS hat zum bundesrätlichen Bericht unverzüglich Stellung genommen mit folgender Kritik:

«Obwohl die gravierenden politischen und wirtschaftlichen Nachteile eines EU-Beitritts für unser Land eine Tatsache sind, hat der Bundesrat weder den Willen noch die Kraft, sich von diesem aussenpolitischen Irrweg zu distanzieren.»

Der bundesrätliche Bericht beschränkt sich im Wesentlichen darauf, die verschiedenen aussenpolitischen «Optionen» zu zelebrieren und sie als «möglich» und «machbar» im Raum stehen zu lassen. Der Bundesrat will alle europapolitischen Wege offen lassen – in Tat und Wahrheit will er in die EU. Dies geht auch daraus hervor, dass er dem Volk weismachen will, ein Beitritt komme längerfristig günstiger zu stehen als der bilaterale Weg. Und einmal mehr werden angebliche Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte einer EU-integrierten Schweiz und die angeblichen wirtschaftlichen Vorteile gepriesen.

Substanz der Neutralität in der Verfassung verankern

Nationalrat und AUNS-Geschäftsführer Hans Fehr hat in der Herbstsession 2006 der Eidgenössischen Räte mit 72 Mitunterzeichnern eine Motion zur Neutralität eingereicht. Der Bundesrat wird beauftragt, einen ausformulierten Text für einen Verfassungsartikel vorzulegen, welcher die **Substanz und das besondere Wesen unserer integralen, immerwährenden, bewaffneten Neutralität** zum Ausdruck bringt.

Die Motionäre begründen den Vorstoss damit, die schweizerische Aussenpolitik sei zunehmend geprägt durch einen teuren, ineffizienten, neutralitätswidrigen Aktivismus zum Schaden der Schweiz.

Schweizer Milizarmee und bewaffnete Neutralität

In Anbetracht von krassen Fehlentwicklungen in der Ausrichtung der Schweizer Armee hat die AUNS im Rahmen von Vernehmlassungen und Verlautbarungen unmissverständlich Stellung genommen:

Grundsatz: Die AUNS will eine starke, moderne Milizarmee, die ihren Kernauftrag gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung erfüllen kann: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.» Die AUNS will eine bedrohungsgerechte Verteidigungs- und Schutzarmee mit allgemeiner Wehrpflicht – eine Armee im eigenen Land, für das eigene Land.

- Die AUNS lehnt den **Entwicklungsschritt 08/11** ab, weil ihr Kernauftrag mit der Reduktion der Kampfformationen und mit dem untauglichen «Aufwuchskonzept» nicht erfüllbar ist und ein neutralitätswidriges Bündnis nötig machen würde.
- Die AUNS lehnt auch die **Revisionsvorlage 09** ab, welche Schweizer Milizsoldaten zu Ausland-WKs und Berufskader zu Auslandseinsätzen verpflichten will, weil solche Einsätze neutralitäts- und verfassungswidrig sind. Unter dem Vorwand, die Ausbildungsbedürfnisse könnten im eigenen Land nicht abgedeckt werden, geht es VBS-Spitzenfunktionären offensichtlich darum, militärische Auslandseinsätze zu forcieren und unsere Milizarmee zur Berufsarmee umzubauen, die im Ausland besser einsetzbar ist.

Jubiläumsfeier 20 Jahre AUNS

Der Höhepunkt im Berichtsjahr war zweifellos die «Jubiläumsfeier 20 Jahre AUNS» mit der Jubiläumsansprache von Bundesrat Christoph Blocher. Die 2300 Personen, die am 28. Oktober 2006 zum Jubiläum nach Matten bei Interlaken strömten, erlebten auf dem Areal



der Tell-Freilichtspiele und fast in Griffweite der Berner Alpen eine eindrückliche Grossveranstaltung. Bundesrat Blocher würdigte die AUNS als

- **Stosstrupp der Unabhängigkeit**, als
- **Verteidigerin der direkten Demokratie** und als
- **Bollwerk der Neutralität**.

Blochers Fazit: *«Ohne die AUNS hätte die Schweiz ihre Unabhängigkeit verloren und wir wären heute Mitglied der EU».*

Nach dem Auftakt durch die Musikgesellschaft Matten, dem Aufmarsch von Treichlergruppen und der Kantonsfahnen sowie der Begrüssung durch den Mattner Gemeindepräsidenten Andres Grossniklaus folgte die Standortbestimmung durch den AUNS-Präsidenten. Er bezeichnete die AUNS als Garantin der Unabhängigkeit, der direkten Demokratie, der Eigenständigkeit und der schweizerischen Neutralität und geisselte den verbreiteten Hang in «Bundesbern» zum Anpassertum und zur Preisgabe schweizerischer Werte und Besonderheiten. Deshalb sei der Kampf der AUNS für unsere Neutralität, die Wahrung und Stärkung der Volksrechte sowie für eine moderne Milizarmee «im eigenen Land für das eigene Land» wichtiger denn je.

In seiner mit besonderer Spannung erwarteten Rede attestierte Bundesrat Blocher der AUNS 20 Jahre Zähigkeit, Herzblut, Widerstandskraft und Beharrlichkeit für die Unabhängigkeit der Schweiz – gegen alle Druckversuche von Medien, Parteien, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Universitätsprofessoren. Dank der AUNS habe sich der Souverän 1992 gegen den EWR und die EU und damit für einen eigenständigen Weg der Schweiz in Sicherheit und Wohlstand entschieden. Blocher schloss seine Ansprache mit der Aufforderung: «Zwanzig Jahre AUNS sind nicht genug. Kämpfen Sie weiter für eine unabhängige, neutrale und freie Schweiz!»

Anlässlich der 20-Jahr-Jubiläumsfeier vom 28. Oktober 2006 wurde die folgende Proklamation verabschiedet:

1. 20 JAHRE AUNS BEDEUTEN 20 JAHRE EINSATZ UND KAMPF FÜR DIE UNABHÄNGIGKEIT, DIE NEUTRALITÄT UND DIE SICHERHEIT DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT. DIE WAHRUNG UNSERER EINZIGARTIGEN VOLKS- UND FREIHEITSRECHTE, UNSERER DIREKTEN DEMOKRATIE UND DER IMMERWÄHRENDEN, BEWAFFNETEN NEUTRALITÄT IST UND BLEIBT UNSER KERNAUFTRAG.
2. NACH 20 JAHREN AUNS STELLEN WIR FEST: WIR HABEN UNSEREN KERNAUFTRAG ERFÜLLT. DER EU-BEITRITT WURDE ABGEWENDET, DER BILATERALE WEG WURDE GESTÄRKT. DIE AUNS ALS ÜBERPARTEILICHE ORGANISATION SETZT SICH WEITERHIN UND MIT ALLER KRAFT DAFÜR EIN, DASS FREIHEIT, UNABHÄNGIGKEIT UND SELBSTBESTIMMUNG NICHT LEICHTFERTIG GEOPFERT WERDEN. WIR BEKÄMPFEN

DESHALB DIE VERBREITETEN BESTREBUNGEN ZUM ABBAU DER DIREKTEN DEMOKRATIE, DER VOLKSRECHTE UND DER NEUTRALITÄT. DIESE NACH WIE VOR HOCHMODERNEN STAATSSÄULEN SIND UND BLEIBEN DAS FUNDAMENT DER SCHWEIZERISCHEN ERFOLGSGESCHICHTE.

3. DIE AUNS WIDERSTEHT JEDER TENDENZ ZUM ANPASSERTUM UND ZUR EINBINDUNG IN GROSSRÄUMIGE GEBILDE. IN EINER ZEIT, IN DER ZAHLREICHE LÄNDER UND VÖLKER EUROPAS ERST SEIT KURZEM VOM JOCH DER UNFREIHEIT UND DES SOZIALISMUS BEFREIT SIND UND SICH VIELE NATIONEN GEGEN DEN ZUNEHMENDEN ZENTRALISMUS UND DIE GLEICHSCHALTUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION ZUR WEHR SETZEN, ERACHTET ES DIE AUNS ALS WIDERSINNIC, WENN SICH UNSER KLEINSTAAT SCHRITT UM SCHRITT IN EBEN DIESES ZENTRALISTISCHE GEBILDE EINBINDET UND SEINE SOUVERÄNITÄT PREISGIBT.
4. GERADE AM ORT DER TELLSPIELE WEISS DIE AUNS UM DEN WERT DER FREIHEIT UND DER UNABHÄNGIGKEIT. IM GEGENSATZ ZUM JUNGEN RUDENZ IN SCHILLERS WILHELM TELL, DER DIE URSCHWEIZ IN SEINER VERBLENDUNG IN DIE «LÄNDERKETTE» EINBINDEN WOLLTE, «DIE DER KAISER RINGS UM UNS GEZOGEN», VERFALLEN WIR DER VERLOCKUNG UND DEM SCHEINBAREN GLANZ DES GROSSRÄUMIGEN NICHT. WILHELM TELL BLEIBT – WENN AUCH IN MODERNER FORM – DAS LEUCHTENDE SYMBOL FÜR DEN WIDERSTAND GEGEN UNFREIHEIT UND ANPASSERTUM.
5. DIE AUNS STELLT FEST, DASS IMMER MEHR JUNGE LEUTE DEN WERT DER UNABHÄNGIGKEIT, DER SELBSTBESTIMMUNG UND DER SCHWEIZERISCHEN NEUTRALITÄT FÜR UNSEREN KLEINSTAAT ERKENNEN. SIE KOMMEN OFT IN DER WELT UND IN EUROPA HERUM UND SEHEN DIE PROBLEME ZENTRALISTISCHER, UNFLEXIBLER, GLEICHGESCHALTETER GROSSGEBILDE, DEREN FOLGEN ZUM TEIL AUCH IN DER SCHWEIZ SPÜRBAR SIND. SIE SIND EINIG MIT DEM EHEMALIGEN SPD-BUNDESMINISTER KLAUS VON DOHNANYI, DER DIE SCHWEIZ AUFGRUND IHRER WELTWEIT EINZIGARTIGEN POLITISCHEN STRUKTUREN ALS «ACHTES WELTWUNDER» BEZEICHNET HAT. WIR HOFFEN, DASS VON DOHNANYIS ERKENNTNIS GELEGENTLICH AUCH BEI SEINEN SCHWEIZER GENOSSEN ANKOMMT.
6. DIE AUNS KÄMPFT AUCH IN DEN NÄCHSTEN 20 JAHREN UND EBENSO IN DEN NÄCHSTEN 20 x 20 JAHREN FÜR EINE WELTOFFENE, UNABHÄNGIGE, NEUTRALE, SICHERE UND ERFOLGREICHE SCHWEIZ. WIR WOLLEN KEINEN EU-BEITRITT, AUCH NICHT IN ETAPPEN. WIR WOLLEN AUF DER GRUNDLAGE DER BEWAFFNETEN NEUTRALITÄT EINE MODERNE, BEDROHUNGSGERECHTE MILIZARMEE IM EIGENEN LAND FÜR DAS EIGENE LAND. WIR WOLLEN KEINE NATO- ODER EU-ZUDIENER-ARMEE. WIR UNTERSTÜTZEN BILATERALE ABKOMMEN, SOFERN SIE MIT DEN INTERESSEN DER SCHWEIZ VEREINBAR SIND. WIR WOLLEN EINE SOUVERÄNE SCHWEIZ UND GUTE BEDINGUNGEN FÜR UNSERE WIRTSCHAFT.

Volksabstimmungen:

Im Jahr 2006 fanden keine Volksabstimmungen über AUNS-Kernbereiche statt. Trotzdem hat sich die AUNS für die erfolgreiche Annahme des Asyl- und Ausländergesetzes am 24. September, sowie für die knapp verlorene Abstimmung gegen die Ost-Milliardenzahlungen (revidiertes Osthilfegesetz) am 26. November 2006 engagiert.

Das neue Asyl- und Ausländergesetz bekämpft wirksam den Asylmissbrauch und die unkontrollierte Zuwanderung. Letztlich schafft es mehr Sicherheit und stärkt unsere Souveränität. Die AUNS hat auch den Abstimmungskampf gegen die EU-Ostmilliarden-Zahlungen vom 26. November 2006 unterstützt, weil uns diese Vorlage unter Erpressungsdruck setzt und

weil das Volk künftig ausgeschaltet wird. Trotz der breiten Befürworter-Allianz von Bundesrat, Parlament, Links- und Mitteparteien, Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften und fast aller Medien, und trotz einer millionenschweren Propagandawalze mit der Drohung «Ohne Milliarden keine Bilateralen» sowie «Verlust an Arbeitsplätzen» haben die Gegner mit rund 47 Prozent einen hohen Nein-Stimmenanteil erreicht.

Die Volksabstimmungen im Berichtsjahr zeigen auf, dass wir auch künftig Abstimmungen gewinnen können, sofern wir mit ganzer Kraft antreten und noch besser mobilisieren.

Dies ist auch dringend nötig. Bereits am Tag nach der Abstimmung wurde unsere kantonale Steuerhoheit von der EU erneut angegriffen und es wurden weitere Kohäsionszahlungen von der Schweiz gefordert.

Graue Briefe und Internet

Im Berichtsjahr erschienen sieben Graue Briefe «zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik», nämlich die Nummern 110–115 sowie eine Sondernummer für den deutschsprachigen Raum mit einem Aufruf zur Jubiläumsfeier (kombiniert mit einem rückseitigen Flugblatt gegen die Ost-Milliardenzahlungen). Im Zentrum standen auch hier das 20-Jahr-Jubiläum und der Europabericht. In der Regel umfasst ein Grauer Brief, der auch als «Bulletin d'information» französisch und als «Bolletino d'informazione» italienisch erscheint, vier bis acht Seiten. Das AUNS-Bulletin erfüllt die Aufgabe, mit klaren Botschaften, Kurzinformationen, Zahlen und Fakten die AUNS-Mitglieder und weitere Interessierte über die Entwicklung in der schweizerischen Aussenpolitik zu informieren.

Die **AUNS-Internetseiten** in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch waren auch 2006 wiederum sehr gut besucht. Das Internet ist nebst einer von der «Zensur» unbehelligten Informationsplattform auch zunehmend Kontaktstelle für Beitrittserklärungen und Bestellungen.

Communiqués

Im Berichtsjahr ist die AUNS mehrfach mit Communiqués an die Öffentlichkeit getreten (alle Communiqués sind auf www.auns.ch abrufbar). Es ging dabei um die folgenden Botschaften/Forderungen:

- Nein zur «Kohäsionsmilliarde Ost» (19.01.2006)
- Europapolitische Morgendämmerung bei der economiesuisse (28.2.2006)
- Von der «Solidaritätsmilliarde zur Erpressung» (8.3.2006)
- Brauchen Herr Botschafter von Stechow Nachhilfeunterricht in Demokratie? (27.3.2006)
- Der Bundesrat muss sich vom EU-Beitritt distanzieren (28.6.2006)
- AUNS weist falsche Behauptungen von Asylgesetz-Gegnern zurück (15.8.2006)
- Wann ruft der Gesamtbundesrat Frau Calmy-Rey zur Vernunft? (22.8.2006)

- AUNS will Milizarmee im eigenen Land für das eigene Land (23.8.2006)
- Unmissverständliche Weichenstellung gegen Asylmissbrauch und unkontrollierte Zuwanderung (24.9.2006)
- AUNS-Jubiläumsfeier mit Bundesrat Blocher (23.10.2006)
- «Fass ohne Boden» verhindern, Volksrechte stärken (26.11.2006)
- Herr Botschafter Reiterer, wir brauchen keinen EU-Propagandisten! (15.1.2007)

Suisse romande

Die Westschweiz entwickelt sich zu einem wichtigen Pfeiler der AUNS-Tätigkeit. Im Berichtsjahr hat der langjährige, bewährte «Koordinator Westschweiz», Herr René Scheidegger, sein Amt an Charles Geninasca aus Gingings VD übergeben. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die Position der AUNS in der Suisse romande weiter zu festigen und auszubauen. Die AUNS geht davon aus, dass das Potenzial neuer Mitglieder in der Westschweiz bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist.

2.2 Jahresrechnung und Bilanz

Jahresrechnung 2006

	Rechnung 2005	Rechnung 2006
Einnahmen		
Beiträge und Spenden	2 009 423.49	1 668 890.10
Zinsen	59 549.65	47 444.10
	<u>2 068 973.14</u>	<u>1 716 334.20</u>
Ausgaben		
Propaganda, Werbung	522 213.70	398 153.35
Mitgliederbriefe, Presse	340 076.26	323 514.53
Sonderaktionen	1 680 447.69	554 344.90
Abschreibungen	14 378.05	25 066.95
Allgemeines	96 724.10	92 325.85
	<u>2 653 839.80</u>	<u>1 393 405.58</u>
Zusammenstellung		
Total Einnahmen	2 068 973.14	1 716 334.20
Total Ausgaben	2 653 839.80	1 393 405.58
Einnahmenüberschuss	<u>- 584 866.66</u>	<u>+ 322 928.62</u>

–: Ausgabenüberschuss / +: Einnahmenüberschuss

Bilanz per 31. Dezember 2006

Kasse	181.45	
Postcheck	83 516.27	
Valiant-Bank Bern	356 876.54	
Wertschriften	657 586.50	
Guthaben VST*	7 479.08	
EDV-Anlage, Mobiliar	17 800.00	
Kreditoren		27 193.35
Sonderfonds		54 961.65
Kapital		1 041 284.84
	<u>1 123 439.84</u>	<u>1 123 439.84</u>

* Verrechnungssteuer

Die Mitgliederversammlung vom 6. Mai 2006 beschloss, die Jahresbeiträge für 2007 nicht zu erhöhen: Mitglied 35, Ehepaare 50 und Gönner 100 Franken sowie Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Im Berichtsjahr fielen die Beiträge und Spenden um 251 334.20 Franken höher aus als budgetiert. Demgegenüber sind die Ausgaben um 418 405.58 Franken höher. Im Jubiläumsjahr «20 Jahre AUNS» wurde die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt. Die Jubiläumsfeier vom 28. Oktober 2006 in Matten bei Interlaken wurde mit entsprechendem Aufwand als Grossanlass mit über 2000 Teilnehmern durchgeführt. Im Juni stellte die AUNS anlässlich einer Pressekonferenz ihren Europabericht vor. Zudem wurde die Abstimmungskampagne für das neue Asyl- und Ausländergesetz mit einer Inseratenkampagne unterstützt.

Während des Geschäftsjahres fielen beträchtliche Ausgaben für Erbschaftssteuern an, die bei der Budgetierung nicht voraussehbar waren. Es handelt sich dabei um steuerliche Vorleistungen für Legate, die 2006 auf der Ertragsseite noch nicht vollständig wirksam wurden.

Das Reinvermögen beträgt per 31.12.06 wiederum über eine Million Franken: 1 078 446.50 Franken (ohne EDV-Anlage, Mobilien und Kreditoren).

Der Vorstand dankt allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten herzlich für ihre finanziellen Engagements.

Hin und wieder erhält die AUNS namhafte Legate. Schweizerinnen und Schweizer berücksichtigen die AUNS in ihren Testamenten, denn sie wollen die unabhängige und neutrale Schweiz auch für folgende Generationen bewahren. Wir möchten an dieser Stelle unseren tiefen Respekt für dieses Verantwortungsbewusstsein ausdrücken.

2.3 Vorstand

Der Vorstand tagte in der Regel während den Sessionen der eidgenössischen Räte in Bern. Im Berichtsjahr tagte er insgesamt fünfmal, davon einmal in Zürich. Neben den Tagesgeschäften standen für den Vorstand vor allem die geplante Volksinitiative, das 20-Jahr-Jubiläum, die integrationspolitische Lage der Schweiz sowie die Folgen der UNO-Mitgliedschaft im Vordergrund. Vor diesem Hintergrund legte der Vorstand die strategische Ausrichtung und die Schwergewichtsbildung fest.

2.4 Geschäftsstelle / AUNS-Konzept

Die Geschäftsstelle hat im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Vorstand intensiv am «AUNS-Konzept/Tätigkeitsprogramm 2007» gearbeitet.

Es ging dabei in erster Linie darum, die Voraussetzungen zu schaffen für eine noch schlagkräftigere, noch stärkere, noch attraktivere AUNS.

Zu diesem Zweck wird die folgende Stossrichtung umgesetzt:

- Vermehrte Konzentration auf die Kernaufgaben der AUNS (Unabhängigkeit, Neutralität, Sicherheit).
- Kampf dem schleichenden EU- und NATO-Beitritt. Stärkung der Volksrechte im ausserpolitischen Bereich.
- Vermehrte Betonung der Überparteilichkeit.
- Attraktiverer Auftritt der AUNS (Grauer Brief, Publikationen, Internet usw.).
- Konkrete Ziele (Mitglieder, Finanzen usw.).

Neben dem vollamtlichen Geschäftsführer Hans Fehr ist Werner Gartenmann als vollamtlicher Geschäftsführer-Stellvertreter tätig. Neben Fehr und Gartenmann sowie der Sekretärin Katharina Fischer (zu 60 % angestellt) haben je nach Arbeitsanfall Teilzeit-Arbeitskräfte die Geschäftsstelle unterstützt.

Kontakte pflegen, Überzeugungsarbeit leisten

Zahlreiche öffentliche Veranstaltungen sowie Podiumsgespräche, Referate an Schulen usw., die vor allem vom Präsidenten, dem Geschäftsführer, dem Stellvertreter und anderen AUNS-Exponenten bestritten wurden, haben dazu beigetragen, die Ziele der AUNS und unsere Arbeit im In- und Ausland noch besser bekannt zu machen.

So haben aufgrund von Anfragen auch verschiedene Gespräche und Kontakte mit Politikern, Diplomaten, Unternehmern, Studenten (u.a. aus Deutschland, Österreich, England, Schottland, China und Taiwan) stattgefunden.

2.5 Stützpunkte in den Kantonen

Unsere Stützpunktleiterinnen und Stützpunktleiter aus den Deutschschweizer Kantonen trafen sich viermal in Bern, die Verantwortlichen aus der Westschweiz in Lausanne und Genf. Die Stützpunkte werden in verschiedenen Kantonen durch frische Kräfte geführt, die einen grossen Einsatz für unsere Sache leisten, Flugblätter verteilen, Plakate aufhängen, Standaktionen durchführen, Mitglieder werben, Leserbriefe schreiben und Veranstaltungen organisieren.

Im Berichtsjahr wurde die Leistungsvereinbarung mit klaren Zielvorgaben, die sich bewährt hat, weitergeführt.

2.6 Broschüren, Berichte, DVD

- Europabericht (rund 50 Seiten)
- Broschüre «Die Schweiz und die Europäische Union» (Referate von Dr. Klaus von Dohnanyi, Dr. Tito Tettamanti und Prof. Dr. Franz Jaeger anlässlich der 21. Mitgliederversammlung)
- Broschüre «Ohne die AUNS wäre die Schweiz EU-Mitglied» (Referate Blocher und Schwander)
- Jubiläumsproklamation «20 Jahre AUNS», 3-sprachig
- DVD vom Jubiläum 20 Jahre AUNS
- Flugblatt «EU-Ostmilliarden NEIN!»



3 Schlusswort

Die AUNS steht am Ende des Berichts- und Jubiläumsjahres 2006 als stärkste überparteiliche Kraft zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit erneut vor grossen Herausforderungen:

- **Verhältnis zur Europäischen Union:**
 - schleichendes Anpassertum an Brüssel
 - Erpressungsdruck für weitere Zahlungen an neue EU-Staaten
 - Missbrauch des bilateralen Weges, indem Beitrittschürden abgebaut werden
 - politische und institutionelle Einbindung, u.a. durch Rahmenabkommen (Assoziation), Übernahme von neuem EU-Recht
- **Freiheitsrechte der Schweizerinnen und Schweizer:**
 - Relativierung der direkten Demokratie durch verstärkte Übernahme von Völkerrecht
 - Abbau der Souveränität von Gemeinden und Kantonen
 - Schwächung der Milizarmee (Zweiklassenarmee)
 - Einschränkung des freiheitlichen Waffenrechts
 - Wahl- und Stimmrecht für Ausländer
 - Verschleuderung des Bürgerrechts
- **Neutralität:**
 - neutralitätswidriger aussenpolitischer Aktivismus
 - Verlust der traditionellen humanitären Stärke
 - Gefährdung der inneren Sicherheit
 - Einsatz der Armee im Ausland

An all diesen «Fronten» hat die AUNS anzutreten, als überparteiliche Volksbewegung für Freiheit und Unabhängigkeit.

Wir danken an dieser Stelle allen unseren Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die aus Überzeugung und mit grossem Engagement für unser Land und für unsere Freiheit kämpfen.